

Antrag 74/I/2025 Jusos LDK
Unsichtbares sichtbar machen - für eine Aufwertung der Reinigungsarbeit

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Reinigungskräfte leisten eine essenzielle Arbeit in unserer Gesellschaft und erhalten dafür kaum Anerkennung. Wir wollen hier für mehr Sichtbarkeit sorgen und fordern für mehr Anerkennung in Form von expliziten, politischen Maßnahmen.

Unter unsichtbarer Arbeit werden Tätigkeiten verstanden, die oft nicht als Arbeit wahrgenommen bzw. anerkannt werden, obwohl sie eine essenzielle Funktion für die Gesellschaft erfüllen. Darunter werden u.a. Hausarbeit, Kinderbetreuung, Pflege aber auch Reinigungsarbeit gezählt. Wir erwarten, dass öffentliche Räume sauber sind. Was wir dabei meist ausblenden, ist, dass die öffentlichen Räume von Menschen gereinigt werden. Ihre Arbeit wird gezielt unsichtbar gemacht. Ein Grund dafür sind die Arbeitszeiten der Reinigungskräfte. Sie arbeiten am frühen Morgen, noch bevor die meisten Menschen die Räumlichkeiten nutzen. Reinigungskräfte beseitigen den Dreck, den wir hinterlassen und haben daher mit besonderen Stigmata zu kämpfen. Den Schmutz, den wir hinterlassen, wollen wir nicht mehr sehen (aus den Augen aus dem Sinn), doch Reinigungskräfte müssen regelmäßig dafür sorgen, diesen Schmutz wieder zu entfernen. Die Reinigungsarbeit ist meist durch sehr prekäre Arbeitsbedingungen geprägt.

Viele Beschäftigte in der Branche sind FINTA*s und/oder BIPOCs. Sie sind daher patriarchaler und/oder rassistischer Diskriminierung ausgesetzt und das auch am Arbeitsplatz. Aus diesem Grund müssen wir die intersektionale Diskriminierung, der viele Beschäftigte in der Reinigungsbranche ausgesetzt sind, und die Arbeitgeber*innen gezielt ausüben, stets mitdenken.

War es früher noch so, dass Firmen ihre Reinigungskräfte selbst angestellt haben oder die Reinigungsarbeit von diversen Mitarbeiter*innen übernommen wurde, so werden diese Aufgaben heutzutage meist an Subunternehmen ausgelagert. Dies sind spezielle Dienstleistungsfirmen, die sich darauf spezialisieren, Reinigungskräfte für Firmen oder Behörden bereit zu stellen. Dadurch fehlt eine gewisse Bindung an das Unternehmen oder die Behörde. Sobald Probleme auftreten, gehen die Beschwerden an den Dienstleister, der immer versucht, die Wünsche seiner Kund*innen zu erfüllen. Sehr zu Lasten der betroffenen Reinigungskräfte. Des Weiteren ist die Reinigungsarbeit ein durchaus gefährlicher Job. Die Beschäftigten müssen den ganzen Tag mit Chemikalien hantieren. Das Einatmen und Berühren dieser Chemikalien kann gesundheitsgefährdend sein. Entsprechend brauchen sie unbedingt die richtige Schutzausrüstung. Unsoziale Arbeitszeiten sorgen ebenfalls für eine hohe Belastung. Meist arbeiten Reinigungskräfte in den frühesten Morgenstunden, um anderen Menschen während ihrer Arbeit möglichst nicht zu begegnen - also um ihre Arbeit unsichtbar zu machen und vermeintliche Störungen durch ihre Arbeit zu umgehen. Wie erwähnt handelt es sich um einen sehr prekären Sektor und viele Reinigungskräfte haben keine richtigen Arbeitsverträge, wodurch ihnen der Zugang zu Sozialleistungen (Urlaub, Krankengeld, Rente) fehlt. Zu guter Letzt ist die Reinigungsarbeit ein Knochenjob. Ständig muss sich gebückt werden, der Körper muss an die unmöglichsten Stellen kommen, um Dreck zu entfernen.

Ende 2024 konnten die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt auf Gewerkschaftsseite deutlich Verbesserungen durch eine Neuverhandlung des Branchen-Tarifvertrags für das Gebäudereiniger-Handwerk (TV Mindestlohn) erzielen. Dieser ist durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits im Januar für allgemein verbindlich erklärt worden. Davon profitieren rund 700.000 Arbeitnehmer*innen. Teil dieser Tarifverhandlungen war auch ein Einstieg des Branchenmindestlohns pro Stunde von 14,25€ statt zuvor 13,50€ und ab 1.1.26 wird dieser auf 15€ erhöht. Von den 700.000 Arbeitnehmer*innen, die im Gebäudereiniger-Handwerk arbeiten, arbeiten ca. 500.000, v.a Frauen, für diesen Lohn.

Um der Reinigungsbranche die Wertschätzung zu geben, die sie verdient fordern wir daher:

- Einen flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlohn, der mindestens 60% des Medianeinkommens in Deutschland ausmacht

- Verpflichtungen der Arbeitgeber*innen Sicherheitsstandards einzuhalten und geeignete Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen
- regelmäßige Schulungen von Arbeitgeber*innen zu dem Gebrauch von Chemikalien und deren gesundheitlichen Auswirkungen innerhalb der Arbeitszeit um langfristige gesundheitliche Schäden zu verringern
- Zugang zu Sozialleistungen durch einen rechtlichen Anspruch auf Urlaub, Krankengeld und Rentenansprüche sicher zu stellen
- Mehr flexible Arbeitszeiten und Einführung von Tagesreinigungen
- Landeseigene Liegenschaften sollen Aufgaben wie die Reinigung wieder in die öffentliche Hand überführen und nicht mehr an private Anbieter*innen outsourcen
- Betretungsrecht für Gewerkschaften zu den dezentralen Dienststellen von ausgelagertem Reinigungspersonal
- ***Eine Anpassung des Branchenmindestlohns nach der voraussichtlichen Anpassung des generellen Mindestlohns auf mind. die gleiche prozentuale Differenz wie zuvor***
- Ergänzung der gesetzlichen Fürsorgepflicht und Haftung auf Kundenunternehmen, die Reinigungsarbeit auslagern
- Mehr Sensibilisierungskampagnen für Reinigungskräfte
- Einsatz einer Ansprechperson im Betrieb, welche für Arbeitssicherheitsfragen der Reinigungskräfte aufgesucht werden können
- Langfristig fordern wir eine vollständige Rekommunalisierung der Reinigungsarbeit

Überweisen an

AH Fraktion, Senat